

Landesjugendring NRW und Landesseniorenvertretung NRW rufen zum Wahlgang auf ***Gemeinsam für ein offenes und demokratisches Europa***

Düsseldorf/Münster, 10.04.2019 – In einer solidarischen Gesellschaft ist der Unterstützungsbedarf von Menschen (zum Beispiel in Form von Leistungsbezügen und Zuwendung) insbesondere am Lebensanfang und am Lebensende hoch. Jung und Alt markieren jeweils Anfang und Ende des sogenannten „Generationenvertrags“¹ und stehen damit unweigerlich in einem besonderen Verhältnis zueinander.

Der Landesjugendring NRW und die Landesseniorenvertretung NRW sind sich einig, dass nur durch eine generationsübergreifende Zusammenarbeit soziale Ungleichheiten überwunden werden können. Gleiches gilt auch für den Erhalt der Natur und die ökologische Balance. Ebenso gilt die unabdingbar notwendige Zusammenarbeit auch für den Fortbestand der Menschenrechte.

Damit alle Menschen innerhalb dieser Gemeinschaft so selbstbestimmt wie möglich leben können, müssen Menschenrechte als Basis des guten Miteinanders für alle gelten. Die Europäische Union (EU) hat sich die Achtung der Menschenwürde, die Freiheit, die Demokratie, die Gleichheit, die Meinungsvielfalt, die Toleranz, die Gerechtigkeit, die Solidarität sowie Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte zur Verpflichtung gemacht. Sie soll soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen bekämpfen sowie soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und die Rechte des Kindes schützen.²

Globale Veränderungen, die demographische Entwicklung sowie der gesellschaftliche Wandel betreffen alle: Themen wie Arbeitslosigkeit, Sozialleistungen, ungleiche Bezahlung der Geschlechter, oder auch Zugangsbarrieren zu gesellschaftlicher Teilhabe sind von hoher Relevanz – und beeinflussen das Miteinander von Jung und Alt.

Für den Weg zu und den Erhalt einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft brauchen Europa und seine Menschen den Ausbau der Infrastruktur. Durch nachhaltige Mobilität und eine leistungsfähige Dateninfrastruktur muss auch die Teilhabe von mobilitätseingeschränkten Personen am öffentlichen Leben gestärkt werden. Zu dieser Gruppe von Menschen zählen auch jene mit geringem Einkommen sowie junge und ältere Menschen.

¹ Vgl. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223346/generationenkonflikt>

² Vgl. Art. 2 und 3 in Auszügen, Vertrag über die Europäische Union

Es darf keine Wirtschaftspolitik mehr rechtens sein, die von kriegerischen Konflikten profitiert und den Klimawandel vorantreibt. Wir solidarisieren uns mit der Bewegung #FridaysforFuture und ermutigen alle Menschen in NRW und darüber hinaus, die sich für eine klimagerechte Zukunft einsetzen. Dabei geht es um die Zukunft junger wie auch älterer Menschen. Bei einem Vergleich mit den Energie-Protesten der 80er Jahre kann dabei nur auf eine größere und nachhaltigere Wirkung gehofft werden. Wir appellieren an alle Entscheidungstragenden und Mitarbeitenden in Politik, Wirtschaft und Verwaltung, die Forderungen der Bewegung ernst zu nehmen und schnellstmöglich zukunftsfähige Lösungen zu finden. Darüber hinaus fordern wir eine Absenkung des Wahlalters: Junge Menschen müssen die Zukunft mitgestalten können, für die sie später auch die Konsequenzen tragen müssen. Zu bedenken ist bei dieser Forderung: Die heute zu treffenden, politischen Entscheidungen sind weitreichend und zum Teil irreversibel!

Ohne Lösungen bleibt die Zukunft weiter ungewiss. Und das für Jung und Alt. Deswegen halten wir alle Menschen, junge wie alte dazu an: Geht zur Europawahl, wählt die demokratische Parteien, die euch auch morgen ein Leben in der Freiheit des Denkens und des Handelns ermöglichen – für ein gutes Leben für alle!

Gaby Schnell
Vorsitzende der Landessenorenvertretung NRW

Eric Schley
Vorsitzender des Landesjugendrings NRW